

Solidarität



Organ des Verbandes der graphischen Hilfs- Arbeiter und -Arbeiterinnen Deutschlands

Erscheint wöchentlich Sonnabends • Bezugspreis monatlich 0,50 RM. ohne die Bestellgebühr • Anzeigen: die 3gespaltene Petitzeile 1,- RM. Todes- und Versammlungsanzeigen die Zeile 0,10 RM. • Sämtliche Postanstalten nehmen Abonnements an • Nur Postbezug ist zulässig

Nr. 22 • 38. Jahrgang

Berlin, den 28. Mai 1932

Die Unternehmer in der Klemme

Die Unternehmer im Buchdruckgewerbe haben sich nun glücklich bei ihrem Vorstoß gegen die Entlohnung des Hilfspersonals gründlich festgerannt und wissen anscheinend vorläufig noch nicht, wie sie die Situation retten können. Dabei hätten sie die ganze Aktion gar nicht erst zu unternehmen brauchen; sie konnten und mußten vorher wissen, daß die Hilfsarbeiter im Buchdruckgewerbe freiwillig auf keinen Lohnabbau eingehen würden. Das ist ihnen klar und deutlich noch bei den letzten Verhandlungen durch unsere Vertreter gesagt worden, als die Unternehmer mit dem allerletzten Vorschlag kamen, der eine Lohnkürzung bis zu 11 Proz. verlangte. Sie erhielten damals schon die Antwort, daß die Leiter des Verbandes dem Vorstand, Beirat und den Gauleitern, die am 18. Mai in Berlin zusammen waren, nur die Ablehnung des Unternehmerangebots empfehlen werden. Und das ist denn auch eingetreten. Mit diesem ablehnenden Bescheid wird sich der Zentralausschuß des Unternehmerverbandes in dieser Woche beschäftigen; seiner Entscheidung sehen wir in aller Ruhe entgegen.

Die Konferenz unserer Verbandsleitung hat am 18. und 19. Mai die Zumutung der Prinzipale, sich mit einer Lohnkürzung einverstanden zu erklären, einstimmig abgelehnt. Die Drohung der Unternehmer in ihrer „Zeitschrift“, daß dann der Kampf entschieden müßte, hat auf sie gar keinen Eindruck gemacht. Wohl aber die doppelzüngige Art unserer Tarifgegner, die bei den ersten Verhandlungen den kleinen und kleinsten Provinzdruckern durch regionale oder örtliche Lohnregelung aus der großen Not helfen wollten, zuletzt aber nur noch „grundständig“ an dieser Forderung festhielten und zentral einen allgemeinen Lohnabbau forderten. Unter dem Vorwand also, den kleinen Buchdruckereibesitzern, die einen oder keinen Hilfsarbeiter beschäftigen, eine Erleichterung zu verschaffen, sollen für die Großen und Großten im Gewerbe und nicht zuletzt für die Zeitungsbetriebe, bei denen nach Angaben der Prinzipale 80 Proz. des Hilfspersonals beschäftigt sind, ein großer Fiskusung unternommen werden. Diese Taktik der Unternehmer hat ihre Wirkung auf die Konferenz nicht verfehlt, die den Verbandsmitgliedern überhaupt keine weitere Lohnverschlechterung weder in Berlin noch in Drantienbaum oder Schlawa zumuten kann. Jede Vereinbarung über eine Lohnsenkung liegt außerhalb des Bereiches kommender Verhandlungen. Für das Hilfspersonal besteht eine Entscheidung des Zentralausschusses, die den Reichstaxi auf ein Jahr verlängert und die nur schwer die Zustimmung unserer Vertreter gefunden hat, da sie unsere berechtigten Anträge in keiner Weise berücksichtigt. Bei einer Verständigung hierüber müßten wir uns noch sehr genau die Vereinbarung ansehen, die die Prinzipale mit den Gehilfen getroffen haben und die ja dann auch für das Hilfspersonal tarifliches Recht werden soll.

Verhandlungs- und Verständigungsbereitschaft haben unsere Vertreter jederzeit bewiesen, sie waren bemüht, ohne Kraß mit den Prinzipalen zu erträglichen Verhältnissen für die Kollegenchaft zu kommen. Was die Unternehmer aber jetzt verlangen, ist untragbar; kein Verbandsvertreter könnte dafür die Verantwortung übernehmen, und wenn er es täte, hätte die Gegenseite davon auch keinen Nutzen; er stände da als General ohne Soldaten, die ihm die Gefolgschaft mit Recht aufkündigen würden. Wir haben für den letzten Berichtsmonat unter den Verbandsmitgliedern 34,4 Proz. Arbeitsloos, von den in Beschäftigung stehenden Hilfsarbeitern und Hilfsarbeiterinnen sind 18,1 Proz. Kurzarbeiter, deren Arbeitswoche durchschnittlich 34,3 Stunden beträgt. Die Zahl der Hilfsarbeiter, die mehr als den tariflichen Mindestlohn verdienen, ist verschwindend gering, und doch bringen alle, die noch Erwerb haben, wöchentlich unter größten Entbehrungen schwere Opfer

für ihre hungernden Kollegen und Kolleginnen, damit sie nicht ganz verzweifeln. Und was tun die Unternehmer in ihrer Menschenfreundlichkeit? Sie helfen erstens nicht und stehen diesen Zuständen kühl gegenüber, besinnen sich dann aber darauf, daß dieses graue Glend ihnen noch etwas einbringen kann, und versuchen, aus leidenden und hungernden Menschen Geld herauszuschinden. Wer ihnen von den Arbeitern dabei hilft oder nur entgegenkommt, muß geistig gelitten haben, und wir sind bestimmt ganz normal. Die Prinzipale mögen sehen, wie sie allein fertig werden, sie haben ja auch den Tarifstreit angezettelt.

Wir gehören nicht zu den Arbeitern, die einer begehrligen Unternehmerruppe schuklos ausgeliefert sind und sich mit dem bescheiden müssen, was man gnädigst zugestehen will. Wir werden uns weder durch freundliche Worte noch durch Drohungen kampflös etwas nehmen lassen. Wenn die Unternehmer sich so stark fühlen, zum Angriff überzugehen, mögen sie es riskieren.

Gewerkschaften und Wirtschaftskrise

Peter Grömann in der 62. Sitzung des Reichstags am 10. Mai 1932

1. Das Verlangen der kapitalistischen Systeme

In der deutschen Wirtschaft, die angeblich nicht über den Tag hinwegkommt und von dem schwersten Bangen um die Zukunft erfüllt ist, werden heute zweieinhalbmal soviel Direktoren beschäftigt als vor dem Kriege, als es uns gut ging. In dieser verarmten Wirtschaft beziehen 100 000 Aufsichtsräte ungefähr so viel — wenigstens in den guten Jahren 1928, 1929 —, wie die Gesamtausüttung der Dividende an die Aktionäre betrug, nämlich den Riesenbetrag von 1½ bis 2 Milliarden. In diesen Aktiengesellschaften, in denen also die Zuwendungen für die Leitung, die manchmal sehr unsachverständig ist, nahezu zwei Milliarden betragen, wurden 4 Millionen Arbeiter und Angestellte beschäftigt, die bei Vollarbeit für ihre Tätigkeit 8 bis 9 Milliarden Einkommen hatten, in derselben Zeit, in der die wenigen Zehntausende von Aufsichtspersonen und sonstigen leitenden Beamten den vierten Teil des Betrages für ihre aufreibende Tätigkeit in Empfang nahmen.

Wenn der Abgeordnete Gregor Straker sagte, es sei durchaus abwegig, daß man immer von der Fehlleitung des Kapitals rede, daß es an sich sehr richtig sei, wenn man Kapital zu einem bestimmten Zweck an eine bestimmte Stelle bringt, denn dann arbeite es ja — so haben wir gegen eine derartige Verwendung von Kapital nichts einzuwenden. Nur ist die Formulierung falsch! Unter Fehlleitung des Kapitals verstehen wir die Herbeiführung unter Umständen sehr drückender Kapitalkosten für Einrichtungen, die in ganz kurzer Zeit einfließen, die also anderen Stellen, wo das Kapital wirklich rentabel hätte gemacht werden können, die notwendigen Gelder entziehen. Aus der Fülle derartiger Fehlleitungen sollen nur zwei hervorgehoben werden.

Mitte Januar 1932 nahm der Stahltrust eine neue Zentralschachtanlage auf der „Zeche „Zollverein“ in Betrieb, deren Bau etwa 70 Millionen gekostet hat. Wirtschaftliches Ergebnis? Eine neue Schachtanlage des Stahltrusts, die zwar 1200 Arbeiter erspart, aber die Zinskosten belaufen sich auf ein Vierfaches dieser Ersparnis! Ich will vom sozialen Charakter, ich will vom gesellschaftlichen Charakter einer solchen Maßnahme überhaupt nicht reden, ich will die Sache nur wirtschaftlich anprangern.

Ein zweiter Beweis! Der Zechen Konzern Ewald hat Ende 1931 eine neue Anlage fertiggestellt, bestehend aus einer großen Schachtanlage mit 1 Million Tonnen Förderleistung, mit einer modernen Großkokeri und einer angegliederten Städtstoffabrik. Die Kosten

Besser und billiger haben sie es allerdings, wenn sie sich mit uns verständigen und von ihren unsinnigen Forderungen ablassen.

Der Aufruf des Verbandsvorstandes, des Verbandsbeirats und der Gauleiter in der letzten Nummer der „Solidarität“ hat die Mitglieder hinreichend unterrichtet über die von den Unternehmern des Buchdruckgewerbes heraufbeschworene Situation. Durch die Verbandszeitung und in Verhandlungen sind sie mit allen Phasen der Verhandlung und den Forderungen der Prinzipale bekannt geworden. Die Kolleginnen und Kollegen wissen also, um was es geht. Es kann sein, daß die Unternehmer die gegebene Zeit für günstig ansehen, um die sogenannte große Abrechnung mit uns zu halten. Die Verbandsleitung hat daher zur Gegenwehr aufgerufen in dem Bewußtsein, im Interesse der gesamten Kollegenchaft zu handeln. Die Verantwortung für den Schaden, der durch einen Kampf dem Buchdruckgewerbe entsteht, lehnen wir ab. Sie muß von denen getragen werden, die sich nicht genug tun konnten an Scharfmacherei gegen den nunmehr seit Jahrzehnten bestehenden tariflichen Zustand.

Verzagen 90 Millionen, finanziert mit kurzfristigen Auslandsanleihen. Der Ewaldkonzern läßt — und nützt kommt wieder das Charakteristische — in seiner neuen Schachtanlage zwei Monate lang mit Hochdruck Kohlen fördern, und zwar um den Leistungsmaßstab zu erbringen, damit er eine entsprechende Quote bekommt, obwohl diese Kohle nicht verkauft, sondern auf Halben gelegt wird. Aber nicht wahr, man muß sich seine Anwartschaft, seine Quote beim Kohlenyndikat sichern! Da sich herausstellt, daß die neue Schachtanlage infolge schlechter Ausnutzung wesentlich höhere Förderungskosten hat als die alten Schächte, wird sie stillgelegt. Die Kokeri kann nicht ausgenutzt werden, die Städtstoffabrik nur mit einem Drittel ihrer Kapazität. Man hat den Fall der Gewerkschaft Ewald geradezu als einen klassischen Schulfall maßloser Investition bezeichnet.

Die Bemberg-Aktiengesellschaft in Siegburg baut eine neue Kunstseidenfabrik. Der Kohnbau ohne die Maschineneneinrichtung kostet 5 Millionen Reichsmark. Diese Fabrik ist gar nicht erst in Betrieb genommen worden. Sie steht heute meistbietend zum Verkauf. Wirtschaft, Horatio, Wirtschaft!

Das Institut für Konjunkturforschung, eine gewiß unverdächtige Quelle, sagt in seiner „Industrieberichterstattung“, daß im März 1931 die Zahl der geleisteten Arbeitsstunden im Verhältnis der Arbeitsstundenkapazität 45,1 Prozent und im März dieses Jahres 34,9 Prozent betrug. Also eine unverantwortliche Vergeudung von Produktionsanlagen, die nach dem Sinken der Produktivität und nach dem Sinken der Absatzmöglichkeiten zum großen Teil mit unendlichen Kosten, mit unendlichen Auslandsschulden erst hergestellt worden sind.

Wenn man das Sinken des Verbrauchs als ein Merkmal der Verarmung unseres Volkes bezeichnen kann, dann darf ich an einigen nicht absolut zum Leben notwendigen Gütern in bezug auf die Verbrauchsmenge folgendes feststellen. In tausenden tons gerechnet betrug der Verbrauch vom Januar bis März 1931: in Zucker 276, Januar bis März 1932 236, in Kaffee im vorigen Jahre 45, in diesem Jahre 35, in Süßfrüchten im vorigen Jahre 234, in diesem Jahre 182. In seinem Wochenbericht vom 13. April dieses Jahres führt das Institut für Konjunkturforschung folgendes an:

„Bis in das Jahr 1931 hinein sank vor allem die Produktion an Gütern des elastischen Bedarfs, d. h. also jenes Bedarfs, dem man ausweichen kann, den man nicht unmittelbar zum Leben braucht, dessen Ge-

winnung, dessen Kauf eine Zeitlang zurückgestellt werden kann. Seit Mitte 1931 ist umgekehrt die Produktion der Güter des starren Bedarfs stärker vom Rückgang erfasst worden. Dieser Wechsel in den Kräfteverhältnissen zeigt die besondere Schwere der gegenwärtigen Depression. Die letzte Reserve auf der Verbrauchsseite, der Verbrauch an Gütern des starren Bedarfs ist in dem Abbruch eingegriffen.

Wir sehen, daß die fortgesetzten Lohnsenkungen, die immer von einem Anschwollen der Arbeitslosigkeit begleitet waren, heute neben all den Drosselungsmaßnahmen der Länder und der Gemeinden zu einem Zustand geführt haben, der so schlimm ist, daß jeder Deutsche von Scham erfaßt sein möchte. Wir sehen heute in Deutschland eine Erscheinung, die wir vor dem Kriege als ein Charakteristikum des Orients betrachtet haben, eine Zunahme des Bettels, die zu einer öffentlichen Katastrophe für den ruhigen Spiegel geworden ist. Sie können heute in Berlin in den Verkehrsstunden keinen Niedergang zu einer Untergrundbahn benutzen, ohne auf Bettler zu treffen. Sie finden in den Hauptverkehrsstraßen. Sie finden an den belebten Straßenecken heute Leute stehen, die um Almosen bitten, und Sie finden von Tür zu Tür gehend Leute, denen es ein fürchtbares Opfer bedeutet, daß sie in dieser entsetzlichen Not die Hilfe ihrer Mitbürger in Anspruch nehmen müssen. Wir haben festgestellt müssen, daß es sich hier nicht um eine Einzelercheinung vielleicht der Großstadt Berlin und anderer Großstädte handelt. Berichte, die uns zugegangen sind, weisen darauf hin, daß infolge des Mangels an Mitteln der Gemeinden, die ihre Wohlfahrtsunterstützungsempfänger nicht ausreichend unterstützen können, es heute dazu gekommen ist, daß im Westerwald Erwerbslose in Massen seit Wochen und Monaten sich ihren notdürftigen Lebensunterhalt erbetteln. In Baden hat sich eine Notgemeinschaft gebildet, die einen Hilferuf an die gesamte badische Bevölkerung erlassen hat mit dem Hinweis, es gäbe Familien, die wochenlang ohne Brot sind. Ähnliche Nachrichten kommen aus dem Murgtal, aus dem Wiesental, aus der Haardt, aus der Gegend von Mannheim, aus dem Thüringer und aus dem Bayerischen Wald.

Und was haben uns die Vertreter der Wirtschaft, die heute und gestern auch zu Worte gekommen sind, an Ratschläge zu sagen gehabt? Nichts. Sie haben die Notmaßnahmen bemängelt, die die Regierung ergriffen hat, um den Sozialetat einigermaßen in Gang zu halten. Sie haben uns im übrigen begreiflich gemacht, daß es eben Dinge und Begriffe gäbe, wie Wirtschaft und Geld, die gewissermaßen als ewige Einrichtungen vorhanden seien, an denen nichts zu ändern wäre, die ihren eigenen Gesetzen unterlägen, denen sich nun das arme Volk Menschheit anpassen müsse. Welche fürchterliche Bankrotterklärung liegt in diesem Armutzeugnis, das hier ausgesprochen wird! Die Leute, die vor aller Welt als die Leiter der Banken, der Finanzgeschäfte angesehen wurden und sich selber damit großgetan haben,

geben zu, daß das richtig ist, was Keynes vor kurzem geschrieben hat:

„Mein eigenes Urteil geht dahin, daß die Bankiers der Welt zum Selbstmord entschlossen sind.“

An einer anderen Stelle sagt Keynes:

„Es ist offensichtlich, daß die Gegenwartstendenzen sich nicht viel weiter fortsetzen können, ohne daß etwas zerbricht. Ich bin nicht ganz sicher, daß die wirklich kritischen Zusammenbrüche nicht bei den Banken erfolgen.“

Ein ebenfalls unerbüchtlicher Zeuge, Professor Ritschl, sagt in dem Sammelwert „Moderne Organisationsform der öffentlichen Unternehmung“:

„Diese Mißstände, die Übersteuerung des Verbrauchs, das Verschleudern der Schätze des nationalen Bodens und des Produkts der nationalen Arbeit im Dumping, die unerhörte Verschärfung der Konjunktur verlangenden gebieterisch eine durchgreifende Änderung des Systems.“

Er verlangt als Auswirkung seiner Beweisführung zum mindesten die Vergesellschaftung des Bergbaues.

Am das Bild abzurunden, gebe ich noch das Urteil eines Mannes wieder, der in allen Kreisen Vertrauen genießt, den man als den Prototyp eines soliden Geschäftsmannes ansprechen kann; denn er hat den berühmten Jaar Kreuger zu einer Zeit herausgeschmissen, als dieser noch in aller Welt als das Finanzgenie der Welt angesehen wurde. Der Gouverneur der Bank von England, Montague Norman, hat in einem Brief an den Gouverneur der Bank von Frankreich im August vorigen Jahres geschrieben:

„Wenn keine radikalen Maßnahmen ergriffen werden, um das kapitalistische System zu retten, dann wird es binnen einem Jahr in der ganzen zivilisierten Welt zerfällt sein. Ich wünsche, daß diese Prophezeiung aufgezeichnet werde, damit man sie zu gegebener Zeit nachprüfen kann.“

Das Ergebnis all dieser fasschen, ihrem ganzen Wesen nach notwendig fehlerhaften Maßnahmen der sogenannten Wirtschaft ist eine zunehmende Arbeitslosigkeit, die nicht nur eine politische, sondern nach meinem Dafürhalten auch eine gesellschaftliche Gefahr bedeutet und die gegenüber dem einzelnen das Unmenschliche darstellt, was man sich denken kann. Ich möchte, genau wie wir es vor einigen Wochen auf unserem Krifenkongreß getan haben, die beschämende Tatsache feststellen, daß die deutsche Öffentlichkeit anscheinend gegen die Not der Arbeitslosen völlig abgestumpft ist, daß sie die gelegentlichen Veröffentlichungen über den Stand der Arbeitslosigkeit mit derselben Gleichgültigkeit hinnimmt wie die Wetterberichte, daß nicht eingesehen und nicht voll gewürdigt wird, der fürchterliche Jammer des einzelnen und seiner Familie, das physische und psychische Jugendvergehen, das Individuum und die ungeheure gesellschaftliche — abgesehen von der politischen — Gefahr eines Zustandes, der je länger, je mehr sich in einem Maße auszuwachen muß, das nicht mehr zu droffen ist.

Rotationsnachschicht

Der nächtliche Großstadtmüller verirrt sich manchmal in die Straßen des Zeitungsviertels, wirft aus purer Neugierde einen Blick in das Getriebe eines Rotationsmaschinenlaales und findet alles so fabelhaft interessant.

Die großen Maschinen, die alles selbst bewerkstelligen und die menschliche Arbeitskraft entbehrlieh machen, das laufende Papier, das mit einer Geschwindigkeit von x PS so grandios herumschneht, die vielen Zeitungspakete, die in wenigen Minuten verpackt und in bereitstehende Autos verladen werden, all dies und vieles andere springt dem laienhaften Beobachter ins Auge und vermittelst ihm bewundernde Eindrücke über den vollendeten technischen Fortschritt im Zeitungsgewerbe.

Auch die Arbeiter, die Bedienungsmannschaften der Maschinen, erscheinen ihm vergnügt und guter Laune, so daß oft der neidvolle Ausruf: „Den Leuten geht es gut!“ am Ende einer solch oberflächlichen Exkursion deutlich zu vernehmen ist. Ebenso denken oft unsere Unternehmer, unsere „Votgeber“, oder suggerieren sich diese Denkwiese lediglich, um etwaige Abbaugelüste der Nachschichtzulagen usw. auch von einer solchen Perspektive aus begründen zu können.

Demgegenüber sollen einige wesentliche Merkmale eines Nachschichtarbeiters festgehalten werden, um den Unerwähnten besondere Lebensmomente zu übermitteln. Allein die Tatsache, daß für diese Arbeiterschicht die Beteiligung an kulturellen Veranstaltungen, wie Theater, Konzerte, Vorträge, durch die unglücklich gelegene Arbeitszeit unmöglich ist, sollte den Mitmenschen zu denken geben. Der Arbeitsbeginn für die Nachschicht im Zeitungsgewerbe ist gewöhnlich für 10 Uhr, 9 Uhr oder 8½ Uhr festgesetzt. Rechnet man die Fahrzeit hinzu, so erkennt man leicht, daß sie von den abendlichen Kulturgenüssen fast ausgeschlossen sind. Werden sie für diese geistige Einbuße irgendwie entschädigt? Mit der Erhebung solch ethischer Forderungen brauchen wir vorläufig gar nicht zu rechnen.

Daß die Nachtarbeit für Geist und Körper viel anstrengender ist als die Tagarbeit, braucht nicht besonders erwähnt zu werden. Es genügt bloß, sich vor Augen zu führen, daß in der kühlen Sommer- oder der kalten Wintertemperatur in verchwämtem Zustande das Arbeitsmaterial, wie Papierrollen, Lappen, Waschmittel usw., vom Hofe des Betriebes geholt werden muß und auf diese Weise der Organismus einer ständigen Erhaltung preisgegeben wird. Der Umstand, daß Krankmeldungen und Anfälle in der Nachschicht häufiger als sonst vorkommen, spricht eine zu deutliche Sprache. Von dem wahnwitzigen Arbeitstempo bei Nacht ganz zu schweigen. Gilt es doch mit minutiöser Pünktlichkeit die Zeitungen auf die Bahnhöfe zu schaffen. Da hat man es mit dem Teufel zu tun. Rasch, rasch wird Papier eingezogen, Platten eingelegt, Walzen und Hebet ausgewechselt, jeder Griff muß sitzen. Hat man etwa eine Handbewegung zuviel oder zuwenig gemacht, schon ist die Sintflut da, schon aber ist auch der zuständige Obermeister zur Stelle, der den armen Sünder mit einer „dicken Zigarre“ beehrt. Was weiß so ein Außenstehender von der Misere des Papierreichens, wo Walzen und Zylinder gehnack mit Papier eingewickelt werden und man zähneknirschend im Schmutz herumwühlt, um die plötzliche Störung rasch zu beseitigen. Oder von einem überglauenden Farbenfaften während des Druckens. Was weiß man von der Arbeitankunftstücken, die die Arbeiter vollführen müssen beim Waschen der unteren Walzen und Zylinder? So eine Rotationsmaschine hat ihre besonderen Wünsche und Launen, vor allem aber die Tücken des Objektes.

Sollten wir noch von dem zerrissenen Familienleben eines Nachtarbeiters sprechen? Den größten Teil des Tages verbringt das Haupt der Familie, der Nachtarbeiter, schlafend im Bett. Frau und Kinder schliefen ängstlich herum, um Vaters „Nachttrübe“ nicht zu hören. Gegen Abend kaum erwacht, verzehrt er rasch seine Mahlzeit und verschwindet bis morgens 5 oder 6 Uhr, wo er abgeradert nach Hause kommt und selten in der Lage ist, mit seinen Kindern Unterhaltung zu pflegen

oder gar deren Erziehung zu überwachen. Diese Lebensphase unserer Kollegenchaft könnte als die tragischste der ganzen Nachtarbeit bezeichnet werden. Nicht vergessen dürfen wir ferner, daß unsere Unternehmer durch ihre Druck-Erzeugnisse das lesende Publikum geistig beeinflussen und die ganze Menschheit veredeln wollen, da wäre ein zarter Hinweis auf die Nachschichtarbeiter nicht unangebracht, ein Hinweis für besseres Verständnis und richtige Einschätzung dieser schwierigen Arbeitsverhältnisse. Denn kein Arbeiter ist so weit zum modernen Lohnsklaven heruntergedrückt wie ein Nachschichtarbeiter.

Zurück zum Mittelalter

Die Wirtschaftskrise führt zu eigentümlichen Auswegen. So verliert man neuerdings die Geld- und Desviensnappheit durch reine Tauschgeschäfte zu überwinden. Es heißt wieder Ware gegen Ware wie vor Jahrhunderten, wo das ausgebildete Geld- und Bankwesen noch nicht vorhanden war.

Wie die „Frankfurter Zeitung“ berichtet, geht man vielfach dazu über, Tauschgeschäfte förmlich zu organisieren. In Bremen, Hamburg und Lübeck will man Clearingstellen errichten, um einen gewissen Warenverkehr durch Tauschgeschäfte möglich zu machen. Die IG-Farbenindustrie beabsichtigt, 5000 Ballen ägyptischer Baumwolle gegen Leuna-Salpeter auszutauschen. Für frühere Farben- und Chemikalieferungen nach Ungarn will der Farbentrust 720 Waggons ungarischen Weizen als Bezahlung entgegennehmen. Die Firma Krupp steht mit dänischen Viehexport-Vereinigungen in Verbindung, um den Austausch von dänischem Schlachtwild mit deutschen landwirtschaftlichen Maschinen vorzunehmen. — Auch in anderen Ländern ist das Tauschgeschäft in Gang gekommen. Schließlich ist die Kontingentierungspolitik, womit die durch die Handelsverträge gewährleistete Weißbegünstigung durchgehört wird, nichts anderes als ein Tauschhandel, der vom Staate selbst begünstigt wird.

Wir sind also zu Zuständen zurückgekehrt, die wir längst überwunden glaubten. Man bilde sich nicht ein, daß solche rüftändigen Formen des Warenverkehrs der Menschheit einen Nutzen bringen. Sie sind mehr geeignet, die Beendigung der Wirtschaftskrise hinauszuzögern.

Macht es das Kleingehalt?

Viele Bergweiser glauben an den Sozialismus, suchen ihn aber nicht bei uns. Den Nationalsozialismus nennen sie sozialistisch, obwohl er die sozialistische Gemeinshaftswirtschaft ablehnt.

Diese Welt der Wirtschaftsgemeinschaft, die wir erstreben, wird vom Nationalsozialismus gar als unmöglich bezeichnet. Man spricht sich allerdings gegen Truste und Syndikate aus (von denen man sich aber zugleich finanziellen läßt!), doch das Unternehmertum muß sich, so meint man drüben, völlig frei entfalten können. Sonst schwinde „das Erfindertische und Produktive“ des Unternehmertums.

Die Aufgabe des Nationalsozialismus ist es also, die brutale, selbstische Art des kapitalistischen Unternehmertums zu erhalten, und jeder Arbeitsmenschen, der nur eine Spur von Glauben an Menschum, Menschengeist und Menschenwürde in sich hat, steht darum zum gewalttätigen Gedanken der wirtschaftlichen Wandlung.

Welch eine fittlich tiefliegende Auffassung bei diesen sogenannten fittlichen Erneuerern Deutschlands, wie sie sich nennen, daß Menschen nur bei Aussicht auf großen Profit ihre schöpferischen Kräfte zu entfalten bereit seien!

Was ist alles von Menschen schon geleistet worden an schöpferischer Opferfreudigkeit! Wie haben soziale Revolutionäre für einen Gedanken gelitten! Wie haben Künstler gearbeitet! Wissenschaftler gehungert! Ja, wie hat die ganze große Masse des Volkes erst in neuerer Zeit lieber Entbehrungen geduldet, als erreichen zu lassen, daß die Partei der Anechtenschaft die Macht im Reiche bekam!

Diese heutigen Wirtschafts„führer“ tun es nicht unter 200, 300, 500, 600 000 Mark Gehalt und mehr im Jahr? Dann mögen sie abtreten! Köpfe warten darauf, statt ihrer etwas zu leisten!

In Jena ist das Feil-Werk, das weithin bekannte optische Werk, das größte optische Werk der Welt. Ein Werk, das eine „Stiftung“ darstellt, sich selbst gehört, allen Arbeitern und allen Angestellten und das darum kein kapitalistisches Unternehmen ist. Und die Männer an der Spitze dieses Weltunternehmens von hoher wirtschaftlicher und höchster wissenschaftlicher Bedeutung beziehen jährlich 20 000 M. Den 10., 20., 30. Teil dessen, das ihre kapitalistischen Kollegen bekommen.

Das Gehalt macht es nicht! Stellt die Wirtschaft nur einmal auf einen neuen sozialistischen Boden! Und die Köpfe sind da und mit Freude dabei, und das „Schöpferium“ ist großartiger und erfolgreicher denn jemals. Dr. Gustav Hoffmann.

Gaulkonferenz des Gau V

Die Gautagung am 8. Mai in Bischofswerda stand unter dem Eindruck der allgemeinen tariflichen Situation im Buchdruckgewerbe. 45 Delegierte aus 30 Gauzweitzellen waren anwesend. Die Zahlstelle Grimma hatte keine Vertretung entsandt. Der Gauvorstand war vertreten durch den Gauleiter, Kollegen Herrmann, Kollegen Täubrich als Kassierer, Kollegen Franz als Beiratsmitglied und dem Kollegen Hausmann als Schriftführer. Der Hauptvorstand war vertreten durch den 2. Verbandsvorsitzenden, Kollegen Hornte. Erschienen waren außerdem die Vertreter der graphischen Bruderverbände, ein Vertreter des Ortsausschusses Bischofswerda und ein Vertreter der Stadtverordnetenfraktion von Bischofswerda. Zur Leitung des Gautages wurden einstimmig die Kollegen Herrmann und Arndt (Bischofswerda) vorgeschlagen und gewählt. Nach Erledigung der üblichen Formalitäten gab der Kollege Herrmann den Jahresbericht. Nach einer Situationsberichterstattung über die wirtschaftliche Situation im Jahre 1932 berichtete der Redner über die Tätigkeit innerhalb unseres Gaugebietes. Die Arbeitslosigkeit im Gau V hat im Laufe des Berichtsjahres einen Umfang angenommen, der als Gradmesser des wirtschaftlichen Tiefstandes angesehen werden muß. Hatten wir 1930 3392 arbeitslose Mitglieder mit 27 352 Arbeitslosentagen, so waren es 1931 5273 arbeitslose Mitglieder mit 48 871 Arbeitslosentagen. 48 Proz. der Mitgliedschaft waren am Ende des Jahres voll- oder teilweise arbeitslos. Die Gründe der Arbeitslosigkeit sind zum größten Teil in der planlosen Überakkumulierung der Betriebe zu suchen. Die Planlosigkeit in der Anschaffung technisch veraltetester Druckmaschinen zeigt sich aus einer Ende 1931 in Dresden aufgenommenen Statistik. Hier wurden seit Anfang 1927 bis Ende 1931 86 solcher Maschinen im Buchdruck und 25 im Steindruck angeschafft, ohne vorherige Prüfung, ob überhaupt für diese neuanschaffenden Maschinen Druckaufträge zu beschaffen sind. In einer Umfrage Anfang 1932 in unserm Gau wurden in beiden Sparten insgesamt 718 stillgelegte Druckmaschinen festgestellt, das sind 34 Proz. des vorhandenen Maschinenparks. Wenn man dabei in Betracht zieht, daß in diesen stillgelegten Maschinen ein großes Kapital festgelegt ist, das amortisiert und verzinst werden muß, dann findet man den Schlüssel, warum unsere Arbeitgeber bestrebt sind, die Geschäftsunkosten durch Lohnabbau zu senken. Die Dresdener Stein-, Licht- und Blechdruckereiherren machten davon mehrere Male Gebrauch. Dreimal verlugten sie Lohnkürzung und Verschlechterungen der Mantelbestimmungen durchzusetzen. Ein Versuch konnte abgewehrt werden. Jedesmal mußte der Schlichter eingreifen, der dem Hilfspersonal genannter Sparten durch Schiedsspruch ab 1. Februar 1931 einen 8 bis 10prozentigen Lohnabbau und ab 5. Dezember 1931 nochmals einen solchen von 4 1/2 Proz. aufzwang. Die Lohnveränderungen für Buchdruck und Schriftsatz bewegten sich in ähnlichen Bahnen. Unterdessen sind die Löhne durch die Vierte Notverordnung nochmals erheblich gestürzt worden, und schon wieder ist der Lohn- und Manteltarif mit Ablauf zum 30. April von den Buch- sowie Steindruckereiprincipalen gestündigt worden, mit der Begründung, durch niedrigere Löhne mehr Arbeitsmöglichkeiten schaffen zu können. Eine besonders anpragsvolle Tätigkeit der Gaultagung beanpruchten die sich häufenden Stilllegungsanträge und -verhandlungen der Buchdruckereiarbeiter. 67 Stilllegungsanträge mußten behandelt werden. Immer immer war es Auftragsmangel oder Geldsacknot, die eine Stilllegung notwendig machten, sondern man benützte und mißbrauchte die Stilllegungsverordnung, um die Betriebe von mühseligen Betriebsvertritten zu befreien oder um die Leistungs-löhne abzubauen, was von manchen Unternehmern in den Verhandlungen sogar offen zugegeben wurde. Die Vertretung unserer Mitglieder in arbeitsrechtlicher Beziehung vor Arbeits- und Landesarbeitsgerichten hat sich gegen das Vorjahr verdoppelt. 52 Fälle mußten vor diesen Instanzen in 99 Terminen zur Entscheidung gebracht werden. Davon wurden entschieden: 38 durch Urteil zu unsern Gunsten; 8 durch Anerkennung; 4 durch Vergleich; 1 durch Zurücknahme und 1 durch Abweisung. 1490,90 M. wurden zugunsten der klagenden Mitglieder erteilt, ebenso 12 Wiederentstellungen zu Unrecht Entlassener, und viermal wurde die Entgültigung zur Entlassung von Betriebsratsmitgliedern verhindert. Zur Aufklärung der Mitglieder und Schulung der Funktionäre wurden 204 Veranlassungen und 106 Schulungen der verschiedenen Funktionskörper abgehalten. Der Gau V umfaßt 31 Zahlstellen, und in weiteren 16 Orten sind Einzelmitglieder vorhanden. Der Mitgliederbestand betrug am Jahresbeginn: 937 männliche, 2699 weibliche, insgesamt 3636 Mitglieder, und am Jahresende 886 männliche, 2488 weibliche, insgesamt 3354 Mitglieder. Der Mitgliederzuwachs ist hauptsächlich begründet in der Arbeitslosigkeit einer eventuellen Beschäftigung im Gewerbe, besonders der verheirateten Frauen. Die Gesamteinnahmen betrugen 1931 100 368 M. Verkauf wurden 120 279 Beitragsmarken. An Arbeitslosenunterstützung wurden 48836 M., an Krankenunterstützung 12 087 M. und an Weihnacht- und Notkassensunterstützung 15 213 M. ausgezahlt. Jedes Mitglied entnahm im Jahresdurchschnitt 34,4 Beitragsmarken. Auf jedes Mitglied kamen 14 Arbeitslosen- und 2,3 Kranke-entnahmen. Neben den erheblichen finanziellen Zuwendungen aus der Hauptkasse zur Unterstützung der ausgefallenen Arbeitslosen trat in anerkannter Weise die Opferwilligkeit und ein ausgeprägtes Solidaritätsgefühl der in Arbeit stehenden gegenüber den Arbeitslosen in Erscheinung. Trotz der Not der Zeit zeichnete die Dresdener Mitglieder, außer dem zu leistenden wöchentlichen Ertragsbeitrag von 5 und 10 Pf., welcher einen Jahresbeitrag von 4287,40 M. erbrachte, zur Weihnachtsspende auf 1154,25 M. Zur Unterstützung der Arbeitslosen wurden aus dem Ertrag der Ertragsbeiträge, ergänzt durch einen beträchtlichen Zuschuß aus der Ortskasse, im Berichtsjahre 3992 Brote und ebenso viele Pfund Schmalz, sowie 2760 Portionen Mittagessen verteilt. In weiteren 16 Gavourten verteilte man an Arbeitslose zu Weihnacht 948 M. und diverse Nahrungsmittelpakete aus Orts- und Sammelmitteln. In längeren Ausführungen wandte sich dann Kollege Herrmann in werktunsvoller Weise gegen die demagogische Kritik der Gewerkschaftsgegner im allgemeinen, wie auch im besonderen gegen jene oberflächliche und persönliche Kritik, die sich in letzter Zeit bei einem Teile der Mitglieder bemerkbar macht. Am Schluß seiner Ausführungen richtete Kollege Herrmann anerkennende Dankesworte an die Gaultagung und die Zahlstellenfunktionäre, die die schwere operierende Arbeit gemeinlich in uneigennütziger Weise gemeistert haben, mit dem Wunsche, daß dieser unermüdbare Kampfsitzer und die

Arbeitsfreudigkeit aller Funktionäre auch im folgenden Jahre aufrechterhalten wird. Mit lebhaftem Beifall quittierten die Anwesenden die Ausführungen des Gauleiters. Würden schon die Ausführungen des Kollegen Herrmann mit sichtlichem Interesse verfolgt, so steigerte sich noch die Spannung, als Kollege Hornte das Wort zu seinem Vortrag ergriß. Anknüpfend an den Bericht des Kollegen Herrmann skizzierte er ganz kurz die Ursachen der stark zunehmenden der Arbeiter verschlechterten Verhältnisse unter besonderem Hinweis auf das Verbandsstagesprotokoll, in dem darüber Ausführlicheres zu finden ist. Dagegen wüßte er der brennendsten Frage, der gegenwärtigen Tarifsituation im Buchdruck, längere Ausführungen. Nach kurzem Eingehen auf die im Vorjahre durchgeführten Tarifbewegungen behandelte er in eindringlicher Weise die neuerliche Tarifkündigung und führte etwa folgendes aus: Die leider festzustellende Tatsache, daß ein Teil der Arbeiterhaft aus purer Verzweiflung der Verzweifelt und Gleichgültigkeit anheimfällt, nutzen die Unternehmer weidlich aus, so wie sie möglichst herauszuholen. Das beweisen die Verschlechterungsanträge der Buchdruckprinciple, von denen die hauptsächlichsten darauf hingingen, von dem Reichstaxtarif loszukommen. Eine Unmenge anderer Anträge verlangen Verschlechterungen auf allen sozialpolitischen und arbeitsrechtlichen Gebieten. Dem standen von unserer Seite beachtliche Verbesserungsanträge entgegen, so unter anderem die Verfürgung der Arbeitszeit. Bei dieser Gegenfähigkeit konnte natürlich über den Verlauf der Verhandlungen kein Zweifel bestehen. Entscheidend und ausschlaggebend war die Erhaltung des in Jahrzehnten mühsam aufgebauten Reichstaxtarifs für das Hilfspersonal. Das ist erreicht worden. Wir haben uns durchaus nichts vergeben durch die Annahme des Spruches, da wir lediglich doch nur bestimmenden Einfluß auf die §§ 2 und 4 haben, und diese sind in dem Spruch unverändert auf ein Jahr verlängert worden. Dagegen sind die §§ 1, 3, 6, 8 und 10 des Gehilfenariffs schon seit Bestehen des Reichstaxtarifs bei uns Anwendung, ohne daß wir an diesen Paragraphen etwas ändern könnten. Diese bei dem Gehilfenschiedspruch verschlechterten Paragraphen können aber in unserm Tarif erst dann zur Anwendung kommen, wenn sie im Gehilfenariff Gesetz geworden sind und bei uns ein Tarifabschluß zustande gekommen ist. Bis jetzt ist das aber nicht der Fall, und darum sind sie für uns auch nicht vorhanden. In besonders scharfen Worten geißelt er dann das unflinige Vorgehen der Principale, die glauben, durch demagogische Auslegungen in ihrer Zeitfrist die Gehilfenotanzustand gegen die der Hilfsarbeiter auszuspielen zu können. In seinen weiteren Ausführungen berichtete Kollege Hornte über die nunmehr erfolgte Ablehnung der Verbandsleitersetzgebung beider Sprüche durch den Reichsarbeitsminister und beleuchtete in eindringlicher Weise die dadurch geschaffene neue Situation, die uns zu bedeutamen Entschlüssen zwingen wird. Mit besonderer Eindringlichkeit unterrichtete er die Anwesenden von den zu ergreifenden Maßnahmen und gab instruktive Belehrungen über Verhaltensmaßnahmen zu dem jetzt herrschenden tariflosen Zustand. Notwendig ist in erster Linie eine restlose Ausführung und Unterzuchtigung sämtlicher Funktionäre von allen weiteren eintretenden Ereignissen und Entscheidungen, die unverzüglich den Mitgliedern zugänglich gemacht werden müssen. Diesem wird der Ernst der Lage von einem Teile der Kollegen nicht erkannt. Hier muß eine gründliche und durchgreifende Aufklärung erfolgen. Bei den nächsten Verhandlungen wird aufgegeben werden, daß jede weitere Verschärfung für die Arbeiterhaft umtragbar ist. Der Hauptvorstand ist bereit, unter allen Umständen das tariflich Erzeugene zu halten, und wenn nicht anders möglich, durch Kampf zu erzwingen. Das wir zur Führung eines Kampfes imstande sind, beweisen die nachfolgenden Ausführungen über die in weiser Vorsicht, den Dingen voranschauend, gefassten Beschlüsse der letzten Verbandsstages, die von weiträger Bedeutung waren, hauptsächlich in bezug auf die Kasellage des Verbandes. Das muß auch alle die Kollegen überzeugen, die entweder aus purem Egoismus oder aus Interesslosigkeit in letzter Zeit in mehr oder minder heftiger Weise gegen die Beitragshöhe gemurrt und zum Teil sogar den Verband verlassen haben. In nicht mißzuverstehenden ersten Worten geißelt er dann die in letzter Zeit häufig zu beobachtende oberflächliche und persönliche Kritik eines Teiles der Kollegen, die von sehr wenig Kasellensbewußtsein zeugt und dem Gesamtergebnis nur zum Schaden gereicht. Alarmierend wirkten die Scheinursführungen des Redners, indem er nochmals betonte, daß die Verbandsleitung jederzeit bereit und auch imstande ist, den Kampf zu führen, wenn die dafür notwendigen Voraussetzungen unter den Mitgliedschaften gegeben sind. Bitter notwendig ist es jetzt, daß die Verbandsleitung sofort von der vorhandenen Stimmung der Kollegen unterrichtet wird. Nachdem Kollege Hornte den Anwesenden noch einmal vor Augen geführt hat, wie überaus ernst die gegenwärtige Lage ist, schloß er seine, einen nachhaltigen Eindruck hinterlassenden Ausführungen mit dem eindringlichen Appell, daß die ganze Kraft darauf konzentriert werden muß, die Angriffe der Unternehmer mit allen verfügbaren Mitteln abzuwehren. Versäumen wir hier etwas, dann läßt sich das Ende nicht überleben. Lang anhaltender Beifall dankte dem Kollegen Hornte für seine überaus wertvollen und aufklärenden Ausführungen. Eine bemerkenswerte Aussage über diesen Vortrag unterließ, hauptsächlich aus der Erwägung heraus, wie die Kollegin Trüblich (Klaue) sehr treffend erklärte, daß die Ausführungen des Kollegen Hornte so gehalten und erschöpfend waren, daß wir mit unseren kleinsten Dingen doch nur den Vortrag in seinem Wert und in seiner Wirkung geschnitten hätten, denn wesentliche Differenzen und Meinungsverschiedenheiten wären ja doch nicht zu vermeiden. Die Meinung der Delegierten kam in einer einstimmig angenommenen Entschlüsselung zum Ausdruck und hat folgenden Wortlaut:

„Die Delegierten sind mit der Tätigkeit der Tarifverhandlungen einverstanden, sie bringen auch weiterhin dieser Kommission ihr volles Vertrauen entgegen und erwarten von ihr, alle untertragbaren Tarifänderungen abzulehnen. Die Anwesenden versichern im Ernstfalle zur Abwehr der Tarifverschlechterungen die Mitgliedschaften mobil und aktiv zu machen zur Durchführung der vom Hauptvorstand zu erwartenden Abwehrmaßnahmen.“

Im weiteren Verlauf der Tagung wurden die von der Gauverwaltung beschlossenen Sparmaßnahmen, wie Herabsetzung der Tagungsdauer von zwei Tagen auf einen Tag sowie die Kürzung der Dienstreise einmütig angenommen. Der Gaultag beschloß den nächsten Gaultag in Reichenbach im Vogtland abzuhalten. Kollege Spranger berichtete in tän-

geren Ausführungen über die zu leistende Jugenderziehungsarbeit und widmete dem Kapitel „Freiwilliger Arbeitsdienst“ ausführliche aufklärende Ausführungen. Den Abschluß der Tagung bildeten Fragen verwaltungstetischer Art sowie die Befreiung von Mängeln bei der Agitations- und Propagandatätigkeit, zu denen neben der erschöpfenden Beantwortung durch den Gauleiter auch der Kollege Hornte noch stützende Ausführungen machte. Damit hatte der Gaultag sein Ende erreicht. Kollege Herrmann führte zusammenfassend den Anwesenden die geleistete Arbeit vor Augen unter besonderem Hinweis auf die Tarifsituation mit der Betonung, daß eine kampfbereite Kollegenchaft in ihrer Geschlossenheit jederzeit in der Lage ist, den Ansturm der Unternehmer abzuwehren. Mit der Hoffnung, daß alle Worte auf fruchtbaren Boden gefallen sind und reiche Früchte tragen, und mit herzlichsten Dankesworten an die aufgebende Zahlstelle Bischofswerda für die vorzügliche, allseitig angenehm empfundene Gastfreundschaft schloß Kollege Herrmann mit einem begeistert aufgenommenen Hoch auf unseren Verband die Tagung. Nicht unerwähnt soll bleiben, daß die Zahlstelle Bischofswerda es sich nicht nehmen ließ, die Delegierten am Sonnabend zu einem geselligen Kommers einzuladen und als besondere Überraschung die Tagung am Sonntag durch einen wohlgeleiteten und ergötzt vortragene Lieber eines Männer- und eines Gemischten Chores einleitete. *

Eine außerordentliche Gaulkonferenz der Zahlstellenleiter des Gau V Sachsen tagte am 22. Mai 1932 im Dresdner Volkshaus.

Die Situation, die durch die unerhörten Lohnabbau-forderungen der Buchdruckunternehmer im gesamten Verbandsgebiet geschaffen wurde, ist in ein ernstes Stadium gerückt. Die Buchdruckhilfsarbeiterchaft hat eine begeisterte Empörung erlitten; sie ist nicht willens, sich dem Terror der Unternehmer zu beugen. Der alte traditionelle Kampfgelbst ist trotz der Not, die auch in den Reihen der Hilfsarbeiterchaft große Opfer erfordert, nicht erlahmt.

Im Gegenteil kann festgestellt werden, daß dem Kampfeifer oft die Zügel angelegt werden müssen, um die von der Verbandsleitung vorgezeichneten Richtlinien einzuhalten. Helle Freude hat der Beschluß der Zentralleitung, der Gauleiter und des Verbandsbeirats bei der Mitgliedschaft herbeigerufen, daß endlich einmal ein Schluß gemacht werden soll in einer weiteren Verelendung der Hilfsarbeiterchaft. Wir sind wohl gerüstet auf einen Kampf, der uns von den Unternehmern aufgezwungen werden sollte, und sehen der Ent-wicklung der kommenden Dinge mit der größten Ruhe entgegen.

Am nun die Gesamtkollegenchaft im Gau V schlagfertig zu machen, dazu diente diese außerordentliche Konferenz, die von allen Zahlstellen befehligt war. Kollege Herrmann als Gauleiter hielt ein anerkennend-bühndiges Referat über den Stand der Bewegung und gab die Richtlinien für die Zukunft bekannt. In der folgenden Aussprache kam nur ein Wille zum Durchbruch und bewies den Geist und den Elan, verbunden mit der Zuversicht, daß sich die Unternehmer mit ihren Forderungen die Köpfe an der graphischen Hilfsarbeiterchaft einrennen werden. Wir wissen, was wir als Avantgarde der deutschen Arbeiterchaft in ihrem Existenzkampf in diesen Tagen und Stunden schuldig sind und werden bis zum letzten Mann unsere Schützlinge tun.

Das vierstündige Dauer konnte die Konferenz, die in ihrer Sachlichkeit in der Behandlung der Tagesordnungs-punkte auf großer Höhe stand und den Stempel des Ernstes der jetzigen Lage in sich trug, mit einem begeisterten Hoch auf die Organisation geschlossen werden. In einer einstimmig angenommenen Willensäußerung heißt es: „Die Vertreter des Gau V Sachsen bringen nur eine Meinung zum Ausdruck, die darin besteht, daß ihre Mitgliedschaften unter keinen Umständen gewillt sind, die unerhörten Forderungen in bezug auf den Lohnabbau auf sich zu nehmen.“

In einer Zeit, wo auch die Not der Hilfsarbeiterchaft durch starke Arbeitszeitbeschränkung und stärkste Steuerbelastung fast unerträglich geworden ist, betrachten die Mitgliedschaften diese erneuten Zumutungen als eine brisante Herausforderung.

Der gesamte Gau steht geschlossen in seinem Abwehrwillen hinter der Organisationsleitung. Eine Zerstückelung des Reichshilfsarbeiterariffs wird in unsern Reihen auf den größten Widerstand stoßen. Im Vertrauen auf die Verbandsleitung erwarten wir, daß ein uns aufgewonnener Kampf mit allen uns zu Gebote stehenden Mitteln und Schärfe durchgeführt wird.“

Aus den Zahlstellen

Berlin. Die am 18. Mai 1932 im Konzerthaus „Clou“ in Berlin verammelten Mitglieder des Verbandes der graphischen Hilfsarbeiter und -arbeiterinnen Deutschlands erklären nach Anhören eines Referats über den Tarifkampf des Hilfspersonals im Buchdruckgewerbe, daß sie der Entschlüsselung der Generalsammlung am 4. Mai in den Kammerfällen vollinhaltlich zustimmen und es ablehnen, über die Abänderung des Buchdrucktarifs hinaus noch Verschlechterung in der Entlohnung auf sich zu nehmen. Das Maß des Ertragslages ist überrollt, und wenn die Unternehmer im Gewerbe für die wirtschaftliche Lage des Hilfs-personals kein Verkanntnis aufbringen können und versuchen sollten, ihre Absichten auf anderem Wege durchzusetzen, so sehen die Hilfsarbeiter solchen Maßnahmen mit Ruhe entgegen. Die Verammelten sind einmütig bereit, jedes Opfer auf sich zu nehmen, um das jetzt Bestehende mit allen Mitteln zu verteidigen, und sind sich in dieser Entschlüsselung der Sympathie aller Angehörigen des Gewerbes bewußt. — Die Entschlüsselung der Berliner Generalsammlung am 4. Mai hatte folgenden Wortlaut: „Die Generalsammlung der Zahlstelle Berlin des Verbandes der graphischen Hilfsarbeiter und -arbeiterinnen Deutschlands am 4. Mai in den Kammerfällen ist mit der Haltung ihrer Vertreter bei den Tarifverhandlungen voll einverstanden und lehnt mit Entrüstung die von den Unternehmern beantragten Verschlechterungen des Tarifs ab. Die Funktionäre geloben bei den weiteren Maßnahmen der Organisationsleitung unbedingte Gefolgschaft und sind bereit, den Kampf um die Erhaltung der tariflichen Bestimmungen mit allen gewerkschaftlichen Mitteln zu führen. Die graphischen Hilfsarbeiter sind gewillt, in gemeinsamer Abwehr mit den Buchdruckern keine weitere Herabdrückung der Lebenshaltung der Arbeiterchaft des graphischen Gewerbes zuzulassen, und senden ihrer Organisationsleitung volles Vertrauen.“

Dresden. In der Mitgliederversammlung am 10. Mai 1932 referierte Kollege Herrmann über den derzeitigen Stand der Tarifverhandlungen für das Buchdruckereiwesen und die dadurch geschaffene Situation. Da den Mitgliedern das Wesentliche bereits aus den Berichten in der „SoLi“ bekannt ist, beschränkte er sich in der Hauptsache darauf, als mitbeteiligter Unterhändler den Verlauf der Verhandlungen eingehend in seinen einzelnen Stappen zu schildern unter besonderer Hervorhebung der charakteristischsten Momente. Kängere Ausführungen machte er zur Klarstellung über den in manchen Betrieben entstandenen Konflikt zwischen Gehilfen und Hilfsarbeitern wegen der Annahme des Schiedsspruches, der allerdings noch Bekanntheit der Gründe für diese Annahme schon von selbst wieder bekräftigt worden ist. Inzwischen ist die Ablehnung der Verbindlichkeitsklärung der ergangenen Schiedssprüche erfolgt, die eine völlig veränderte Situation schafft. Am 11. Mai finden erneut Verhandlungen statt. Nach eingehender Belehrung über die Auswirkungen des tariflosen Zustandes und Bekanntgabe von Verhaltensmaßnahmen schloß er seine eindringlichen Ausführungen mit dem Appell, die heute fehlenden über den Ernst der Lage aufzuklären, die Betriebe in Alarmbereitschaft zu versetzen und äußerste Disziplin und Geschlossenheit zu wahren. Anschließend berichtete Kollege Taintrig über die Tarifsituation für das Dresdner Steindruckhilfspersonal und gab die nunmehr eingegangenen Anträge der Unternehmer bekannt, die er an Hand des Tarifs eingehend in ihrer Auswirkung erläuterte. Neben einer 15prozentigen Lohnaufbesserung, Wegfall der Probestenprüfung, Kürzung der Ferien, Bezahlung der Ferien mit nur 65 Proz. und Bezahlung von nur noch 5 Feiertagen warten sie noch mit einer Reihe weiterer Verbesserungsanträge in den verheißenen Tarifbestimmungen auf. In einer mehrstündigen Sitzung hat sich die Lohnkommission mit den Unternehmeranträgen und deren Auswirkung beschäftigt und hat dann diesen Anträgen in allen Punkten beachtliche Verbesserungsanträge entgegengesetzt, die der Redner den Anwesenden zur Begutachtung bekanntgab. Nach der Bekanntgabe, daß von Unternehmerseite die Verhandlungen erneut bis nach Pfingsten vertagt worden sind, machte er noch allgemeine infraktive Ausführungen über den jetzt bestehenden Zustand und verwies im übrigen auf die für das Buchdruckhilfspersonal gemachten Ausführungen, die naturgemäß auch von dem Steindruckhilfspersonal zu beachten sind. Die Diskussion bewegte sich diesmal im Gegensatz zu den vorhergehenden Versammlungen erfreulicherweise in durchaus ruhigen und sachlichen Bahnen. Wesentliche Meinungsverschiedenheiten traten nicht zutage. Den Anträgen der Steindruckhilfskommission wurde beifolgend zugestimmt. Kollege Täubrich brachte darum auch im Schlußwort in aller Kürze nur einige berichtigende Ausführungen zu machen. Die langjährig bestehende Lohnkommission wurde in ihrer bisherigen Besetzung belassen und von der Versammlung einstimmig aus neue bestätigt. Dann berichtete Kollege Gloske in kühnen Ausführungen über den Verlauf des Gantages am 8. Mai in Bischofswerda und brachte in markanten Strichen das Wichtigste des dort Gehörten sowie eine Zusammenfassung der dort geleisteten Arbeit betont zum Vortrag. Unter dem Punkt Vertriebenes wurde angeregt, die Verantwortungszuweisungen einige Tage vorher bekanntzugeben, da ein Teil der Kollegen sich infolge der verpörrichten Verantwortungszuweisung heute nicht anwenden sein könnte. Nach dem Hinweis auf eine graphische Kartellveranlassung am 26. Mai und einem nochmaligen Appell, das über die Tariffsituation Gehörte aufklärend in die Betriebe zu tragen, wurde die Versammlung geschlossen. — **Versammlung der Hilfsarbeiter der Zeitungsbetriebe** am Sonnabend, den 21. Mai. Es fand nur ein Tagesordnungspunkt, Referat und Aussprache, zur Verhandlung. Kollege Herrmann gab einen Situationsbericht über den Stand der Bewegung und die Maßnahmen, die die Organisationsleitung zu der eventuellen Aussperrengsbewegung gegen die Hilfsarbeiterchaft im ganzen Reich getroffen hat. Diese Ausführungen lösten einen Entrüstungsturm der Versammelten aus, und die folgende Aussprache gab klar zu erkennen, welchen Weg auch die Dresdner Zeitungs-Hilfsarbeiterchaft gehen wird. Die Situation und der Ernst der Stunde brachte sodann folgende einstimmig angenommene Resolution zum Ausdruck: „Die Zeitungs-Hilfsarbeiterchaft ist fest entschlossen, gegen die Willkür und Lohnabhängigkeit der Buchdruck- und Zeitungsunternehmer im Kampf um die Erhaltung des Reichshilfsarbeiterstatus ihren Mann zu stehen. Sie weisen einem ihnen aufgezungenen Kampf nicht aus und erklären weiter, daß sie geschlossen hinter den Maßnahmen der Organisationsleitung stehen und allen Anweisungen strikte Folge leisten werden.“

Frankfurt a. M. Die Vorstehenden der Zahlstellen des Gau 2 nahmen am 22. Mai im Gewerkschaftshaus Frankfurt a. M. den Bericht über die ergebnislosen Verhandlungen, die der Abweisung der Verbindlichkeitsklärung folgten, entgegen. Die Tatsache, daß die gewerblichen Unternehmer alles daran setzten, um die Hilfsarbeiterchaft ins graue Feld zu zwingen, brachte die Versammelten derart in Empörung, daß sie auf keine Art gewillt sind, dem Kampf auszuweichen. Sie akzeptieren die Maßnahmen der Organisationsleitung und stehen einmütig hinter den zu erwartenden Anweisungen.

Hamburg. Versammlung am 6. Mai 1932. Kollege Lohbe berichtete von den Tarifverhandlungen. Unsere Annahme, daß die Unternehmer alles daran setzten, um die Hilfsarbeiterchaft loszuwerden, hat sich bestätigt. Die Löhne sollen nicht mehr reichstafelhaft geregelt, sondern orts- und bezirksweise festgelegt werden. Was das bedeutet, wissen wir genau aus den Erfahrungen, die wir vor Inkrafttreten unseres Reichstafels gesammelt haben. In den großen Städten wird es den Unternehmern nie gelingen, die Löhne abzuhauen, dagegen hoffen sie, in den Provinzen ihr Schicksal ins trockne bringen zu können. Ohne reichstafelhaftige Regelung der Löhne hat über den große Reichstafel keinen Wert für uns. Das haben unsere Verhandler auch zum Ausdruck gebracht. Die Prinzipale behaupten, daß in vielen Orten der Tarif überhaupt nicht mehr gemacht würde. Als Beispiel bringen sie den Ort Warnow aus unserem Gau 10. Wir können feststellen, daß in diesem Ort überhaupt keine eigentliche Druckerei besteht. Einem Papiergeschäft ist eine ganz kleine Druckerei angegliedert, in der eine Anleglerin ein paar Stunden in der Woche zu tun hat. Der Reichsarbeitsminister hat die ergangenen Schiedssprüche nicht für verbindlich erklärt, so daß die alten Tarife weiterlaufen, bis eine andere Regelung getroffen wird. Ein Rundschreiben

der Unternehmer an die Betriebe empfiehlt, daß die Lohnzahlung nur unter Vorbehalt geschehen soll. Unsere Kollegenchaft wird jedoch keine Rezession unterschreiben. Vertrauensleute und Kollegenchaft werden in der nächsten Zeit besonderes Augenmerk auf Zusammenarbeit mit der ganzen Kollegenchaft und auch besonders mit den Buchdruckern richten. Alle Diskussionen sind sich darin einig, daß nur intensiver Arbeit zum Vorteil für unsere Kollegenchaft sein kann. Nicht Abbau der Ferienlöhne darf vorgenommen werden, sondern vielmehr recht und billig wäre es, einen Ferienzuschuß zu zahlen, um die Ferien als Erholung richtig nutzen zu können. Alle Vorkommnisse und Beobachtungen in den Betrieben müssen sofort der Verbandsleitung gemeldet werden. Jede Form der Kollegenchaft kämpfen. Sie wird alles daransetzen, um endlich einmal der unmündigen Politik des Unternehmertums Einhalt zu gebieten.

Münsterbach. In einer Versammlung des Buchdruckhilfspersonals am 20. Mai sprach unser Gauleiter über die in Berlin geführten Lohn- und Tarifverhandlungen. Kollege K e i l i n g, der erst unmittelbar vor der Versammlung von der Gauleiterkonferenz zurückkam, führte aus, daß der Widerstand der Unternehmer nicht allein durch die Krise bedingt ist. Es kommen noch dazu die Wirkungen der letzten Wahlen, das gesteigerte politische und wirtschaftliche Machtbewußtsein des Unternehmertums. „Nüße die Zeit“, heißt es auch hier, wie bei den Nazis. Den graphischen Verbänden war es bis vor kurzem immer noch möglich, Verschlechterungen hintanzuhalten, gegen die sich die Arbeiterchaft anderer Industriezweige infolge der verstärkten Krise nicht mehr zur Wehr setzen konnte. Die Aufrechterhaltung des Reichstafels mit der zentralen Regelung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse ist das Hauptziel, für das auch Opfer gebracht werden müssen. Alles hat seine Grenzen, und diese sind durch die Anträge der Unternehmer jehelwieweit weit überschritten worden. Die Zeitungsverleger, die als die treibenden Kräfte in diesem Kampfe zu bezeichnen sind, verstehen es ausgezeichnet, sich im Hintergrunde zu halten. Der ungeheuerliche Lohnraub, der neue Wägje bis 12 1/2 Prozent bringen sollte, wurde in seiner Auswirkung auf unsere Zahlstelle geschildert. Die Kürzung würde beim Hilfsarbeiter 1,16 M., für die Anlegerin 2,30 M. und für die Hilfsarbeiterin 1,85 M. betragen. Es ist angebracht, auf die Tagung der bayrischen Zeitungsverleger hinzuweisen, wo die Kleinen das große Wort führen. In der Wahrung der Unternehmerinteressen hat sich auch bei den Buchdruckprinzipalen eine Wandlung vollzogen nach dem alten Sprichwort, daß selten was Besseres nachkommt. Waren in der Vergangenheit die Prinzipale ihre eigenen Organisationsführer, so hat sich bei den Buchdruckunternehmern, dem Vorbilde anderer Arbeitgeberverbände folgend, allmählich eine Spontidsherrschaft etabliert, die sich mitunter zur Diktatur auswehrt. Eine Art Generaldirektorium, das es ausgezeichnet versteht, die kleinen Unternehmer vorzujubeln. Bericht wurde auch über den Verlauf einer Versammlung der Berliner Kollegenchaft, die sich einstimmig gegen jeden weiteren Lohnraub erklärte. Daß die KGD, und die Kote Jahne ihre Süppchen an diesem Feuer kochen wollen, ist nicht verwunderlich und sei nur der Vollständigkeit halber erwähnt. Über den weiteren Verlauf der Bewegung wurden die notwendigen Verhaltensmaßnahmen besprochen. In **Begehrtin** unserer gerechten Sache nehmen wir den uns aufgezungenen Kampf ruhig auf und werden ihn auch zu führen wissen. Alle Verluste, mit dem Hilfspersonal persönliche oder betriebliche Anpassungen zu treffen, müssen zurückgewiesen werden. Die Rückbildungen können nur am Zahlungslohn ausgeprochen werden. Tariflich gelten noch die alten Bestimmungen. Die Verständigung mit dem hiesigen graphischen Kartell ist bereits erfolgt. Über die Rückwirkung unseres Kampfes auf die Gehilfen wurden alle Möglichkeiten besprochen. Als im Februar vorigen Jahres die ersten Lohnabhängige erfolgten, machten sich schon Stimmen geltend, die nach dem Grundsatze: „Widerstehe den Anfängen“, die Kollegenchaft zum Kampfe aufrufen wollten. Verschiedene Umstände ließen es damals angebracht erscheinen, von dem letzten Mittel Abstand zu nehmen. Mit einem Appell zur siegreichen Durchführung des uns frivol aufgezugenen Kampfes schloß Kollege Redding seine mit lebhaftem Beifall aufgenommenen Ausführungen. Aus der erragt geführten Diskussion klang die berechtigte Entrüstung über den Anschlag der Unternehmer und das Treugelöbnis zum Verbands.

Rundschau

Das Theater dem Volke. Unter diesem Motto veranstaltete der ADGB im Verein mit dem Afa-Bund und anderen sozialistischen Kulturorganisationen am Donnerstag, dem 5. Mai, im Großen Schauspielhaus zu Berlin eine impoante Kundgebung für die Erhaltung des Kulturtheaters. Dichtgedrängt saßen Arbeiter und Angeestellte, lauschten interessiert den trefflichen Ausführungen der Redner sowie den Darbietungen einer aussergewöhnlichen Künstlergarnitur, welche in uneigennützig Weise ihre grandiosen Leistungen in den Dienst der guten Sache gestellt hatte. Ein großes Orchester, aus Musikliebenden der Staats- und Städtischen Oper, spielte unter der Stabführung des Dirigenten, Generalmusikdirektors Leo Blech, die Ouvertüre zu „Oberon“ von Weber. Dieser musikalische Auftakt schuf die würdige Einleitung für die von erstem Kulturwillen getragene Veranstaltung. Es sprachen dann zum Thema des Tages, unter lautem Beifall: Reichsminister a. D. W i s s e l l, der auf die Notwendigkeit hinwies, trotz wirtschaftlicher Not und Arbeitslosigkeit das Kulturtheater dem Volke zu erhalten. Der Volksstaat, im Gegensatz zum absolutistischen Regime, hat die Aufgabe, alle Wege zu beschreiten, die zur Verhütung des Bildungsmonopols führen und die Anteilnahme der Arbeiterchaft an allen Erscheinungen des Geistes und der Kultur ermöglichen. Oberbürgermeister B a u e r (Wltona) warnte mit leidenschaftlichen Worten vor den reaktionären Bestrebungen, die darauf hünzielten, der finanziellen Misere die Grundlagen des Kulturtheaters zu opern. Das deutsche Theater gehört zu den Lebensnotwendigkeiten unseres Volkes. Gewiß brauchen wir zuerst Brot, aber der Körper bleibt tot, wenn die Seele nicht ihre Nahrung erhält. Dies war der Kernpunkt seiner Rede. Es sprach noch A. B r o d e c über die notwendige Differenzierung von Regie, Privat- und gemeinmütigem Theater, und zum Schluß sprach D a v i d S e t t e r über die unerquicklichen Zustände der Vergangenheit, da das Theater ein Privilegium zahlungs-fähiger Schichten war, ein Zustand, der niemals wieder-

kehren darf. Es müssen mehr Gratisvorstellungen für Erwerbslose gegeben werden. Kino, Radio usw. ersetzen nicht das große Erlebnis einer Theateraufführung. Die Menschen dürfen von den Behörden, nicht bloß verwaltungstechnisch, sondern auch feilsch betreut werden. Es wurde dann einstimmig eine sinnemäßige Entschcheidung angenommen, die in 8 Forderungen zur Erhaltung des Kulturtheaters gipfelte. Wir hoffen und ermarnten, daß die Gewandengänge und Bestrebungen dieser wichtigen Kulturveranstaltung auch in den Herzen unserer Kollegenchaft ein breites Echo hervorrufen und daß wir nicht die Besten sein werden, die für diese erhabenen Ziele eintreten, sondern Schüler an Schüler mit der gesamten Arbeiterchaft für den kulturellen Fortschritt im allgemeinen und für das Kulturtheater im besonderen kämpfen werden.

Brantwein für die Hindenburg-Wahl. In dem Orte Lauenstein (Oderlande), wo sich eine Verteilungstelle der Konsum- und Spargenossenschaft für Ludwigsfelde und Umgebung befindet, wurde in letzter Zeit von nationalsozialistischer Seite das Gerücht verbreitet, der Konsumverein habe anlässlich der Reichspräsidentenwahl an Frauen Brantwein abgegeben, damit sie für Hindenburg stimmen. Außerdem taufte die Konsumvereine bei Tuden und seien an allem Unglück schuld. Im Mittelalter waren es Heren und böse Geister, die unschuldig für das Mißgeschick der Menschheit büßen mußten, heute scheinen gewisse Kreise die Konsumvereine als Sündenböcke auszuweisen zu haben. Daß es außerdem noch beamtete Pädagogen gewesen sein sollen, die den Unfinn verbreitet haben, erhöht die Traurigkeit der Sache.

Ferien an der Ostsee. Wenn auch die wirtschaftliche Not heute schwer auf der Arbeiterchaft lastet, bleiben bei einem Teil doch die Wünsche auf angenehmen Ferientaufenthalt und gute Erholungsmöglichkeiten bestehen. Viele werden ja leider durch das verringerte Einkommen im Vorjahre auf eine Ferienreise verzichten müssen. Aber alle diejenigen, die sich eine Ferienreise vorgenommen haben, sollten in diesen Tagen die Erholungsheime der Arbeiterchaft in Anspruch nehmen. Diese Heime müssen der schwereren Wirtschaftskrise wegen schon mit einer verringerten Besucherzahl rechnen. Es ist deshalb Pflicht der reisenden Arbeiterchaft, speziell die idealen Schöpfungen der Arbeiterbewegung auch für kommende Zeiten zu erhalten. Dazu tragen alle Besucher unserer Eigenheime bei. Den graphischen Gewerkschaften steht das schöne Ostseehem der „Ferienheimstätten-Genossenschaft Gutenberg“ in Graal zu unserer Verfügung. Unsere Mitglieder und ihre Familien finden in dem Heim Aufnahme. Das Heim ist von Anfang Mai bis Ende September geöffnet. Rund 45 Betten stehen zur Verfügung. Einzelzimmer und Zimmer mit zwei und mehr Betten sind vorhanden. Sämtliche Zimmer sind solide und geschnadovol eingerichtet und haben zum größten Teil Veranden. Der Aufenthaltspreis ist den örtlichen Verhältnissen nach gering bemessen. Je nach der Lage des Zimmers wird eine Miete pro Bett und Tag von 1,50 M. bis 2 M. erhoben; für Kinder von zwei Jahren aufwärts sind 50 Pf. pro Tag zu zahlen. Für die Verpflegung werden pro Tag und Person 3 M., für Kinder von 10 bis 14 Jahren ebenfalls 3 M., von 6 bis 10 Jahren 2 M. und von 2 bis 6 Jahren 1,50 M. berechnet. In den Beitrag sind die Kosten für Bettmatten und elektrisches Licht eingeschlossen. Die Mahlzeiten werden in einem schönen, in freundlichen Farben gehaltenen Speisesaal gemeinsam eingenommen. Eine Oberin leitet das Heim. Außerdem sind ein Hausmeister, eine Köchin, zwei Küchenmädchen und zwei Stubenmädchen bemüht, für das Wohlbehagen unserer Gäste zu sorgen. Besondere Bemühungen werden nicht erhoben. Das Ostseebad Graal liegt an der Bahnstrecke Postdam-Rüdershagen-Müritz. Nach dem ebenfalls interessanten Warnemünde sind angenehme Ausflugsmöglichkeiten vorhanden. Eine prächtige waldbreiche Umgebung gibt dem Ostseebad Graal den besonderen Reiz. Schöner alter Hochwald bietet Gelegenheit zu stundenlangen Wanderungen. Der herrliche breite Strand ist ein wunderbarer Tummelplatz für die badestrebenden Gäste. Und wer weniger Sport auf das kalte Seebad legt, kann hier anregende Spaziergänge machen oder sich in einem bequemen Strandkorb an den Schönheiten des Seebades erfreuen. Eine breite Strandpromenade mit vielen Ruhebänken und ganz besonders die große Seebühne sind beliebte Ziele der Erholung suchenden Badegäste. Der Aufenthalt in Graal ist zu jeder Jahreszeit empfehlenswert. Die schönen, ausgedehnten Waldungen bieten selbst bei weniger gutem Wetter noch genügend Schutz, um Spaziergänge und größere Ausflüge zu unternehmen. Gelegenheit zu Bootfahrten und Dampfausfahrten sind ebenfalls vorhanden. Zahlreiche anerkennende Zehrschriften unserer Gäste beweisen immer wieder, wie angenehm betriehtigt die durch den Aufenthalt in unserem Heim und in Graal selbst gewesen sind. Ein Ferienaufenthalt an der Ostsee vermittelt jedenfalls die schönsten Natureindrücke, und die dort verlebten Tage gehören immer zu den unergiebtesten Lebenserinnerungen. Durch die Verbilligung der Eisenbahntarife tritt in diesem Jahre auch eine große Erleichterung für Urlaubsreisende ein. Ab 1. Juni werden besondere Rückfahrkarten für Urlaubreisende ausgegeben, und im Monat Mai ist durch Benutzung der Pflingstrückfahrkarten die eine vierzehntägige Geltungsdauer haben, ebenfalls billige Fahrtgelegenheit geboten. Bewerbungen für die Aufnahme in unser Ferienheim in Graal sind zu richten an die „Ferienheimstätten-Genossenschaft Gutenberg“, Berlin S. 42, Luisen- n u f e r 37. Allen Anfragen ist Rückporto beizufügen.

Abrechnungen

In der Woche vom 16. bis 22. Mai ist die Abrechnung des I. Quartals für Gau 8a aus Magdeburg, Gau 9 aus Hannover und Gau 10 aus Hamburg bei der Verbandskasse eingegangen.

Geldsendungen kamen aus Hamburg: 3008,31 M.
Berlin, den 21. Mai 1932. H e i n r i c h L o d a h l.

Für die Woche vom 22. Mai bis 28. Mai ist die Beitragsmarke in das 22. Geld des Mitgliedsbuches oder der Mitgliedskarte zu kleben.

Verantwortlich für Redaktion: A. S c h u l z e, Charlottenburg, Weichselstraße 5. Fernr.: Amt Westend 1928. — Verlag: D. Vobald, Charlottenburg, Dorausacker; Verlag der arabischen Ollsarbeiter u. -arbeiterinnen Deutschlands; Verbandsvorsand, Charlottenburg u. Weichselstraße 5. — Druck: Buchdruckwerkstätte Gmbh., Berlin SW 61, Dreißendstraße 5